

Hyperinflation von 1923. Trotz des hohen Kapitalbedarfs für Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen und eines nicht immer ausreichenden Eigenkapitalanteils gerieten die Betriebe der Schwerindustrie nicht in eine ausgeprägte finanzielle oder unternehmenspolitische Abhängigkeit von einem einzelnen Bankhaus. Die empirische Untersuchung über die Entwicklung der Kapitalabhängigkeit beruht auf einer sorgfältigen Analyse der Bilanzen und weiterer verfügbarer Dokumente aus den Archiven der Industrieunternehmen, die mit der gebotenen betriebswirtschaftlichen Quellenkritik ausgewertet wurden. Der oligopolistischen Struktur des Großbankenwesens zum Trotz war die Konkurrenz zwischen den Banken so ausgeprägt, daß in der Regel kein materielles Abhängigkeitsverhältnis zwischen schwerindustriellen Unternehmen und einem einzelnen Bankhaus entstand.

Über den engeren Untersuchungsgegenstand hinaus liefert Wixforths Arbeit neue, durch zehn Fallstudien abgesicherte Erkenntnisse über die Bedeutung des industriellen Aktienbesitzes der (Groß-)Banken. Abgesehen von dem Sonderfall Mannesmann konstituierte der Besitz eines größeren Aktienpaketes durch eine Großbank keinen entscheidenden Einfluß auf die Geschäftspolitik des betreffenden Unternehmens. Auch die Aufsichtsratsmandate von Bankenvorständen in Industrieunternehmen dienten nicht als Mittel der Machtausübung, sondern als ein Instrument der Kundenbindung. Wixforth weist auf einen unternehmenssoziologisch und kulturell interessanten Unterschied hin: Während Konzerne mit starken Eigentümerpersönlichkeiten jegliche Beeinflussung durch Großbankenvertreter meist erfolgreich zu vermeiden suchten, pflegten die Vorstände von Großunternehmen des »managerial capitalism« ein kooperativeres Verhältnis zu den Vorständen der Banken.

Das Buch von Wixforth ist über den branchengeschichtlichen Erkenntnisgewinn hinaus ein wichtiger Beitrag zur Geschichte wirtschaftlicher Macht und Machtbeziehungen in der Weimarer Republik. Leider kam die Öffnung der Aktenbestände des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichsbank und der Deutschen Bank im Zentralen Staatsarchiv Potsdam für diese Arbeit ebenso zu spät wie die Öffnung des Archivs der Deutschen Bank. Obgleich erst der Zugang zum Archiv der Deutschen Bank Einblicke in die Entscheidungsprozesse des größten deutschen Bankhauses gebracht hätte, werden die gründlich abgesicherten Thesen zur Autonomie der Schwerindustrie gegenüber dem Kreditwesen auch durch zukünftige Forschungen nicht revidiert werden.

*Christopher Kopper, Göttingen*

Theo Balderston, *The Origins and Course of the German Economic Crisis, 1923-1932*, Haude & Spener Verlag, Berlin 1993, XXI + 505 S., 158 Tab., 2 Schaubilder, Ln., 168 DM.

Der Titel von Balderstons wichtiger Studie führt in die Irre; er müßte um den Zusatz »... im Spiegel der Statistik« ergänzt werden. Dem Verfasser geht es nicht um eine breite Analyse von wirtschaftlichen Prozessen, politischen Entwicklungen und ihren wechselseitigen Beziehungen, sondern darum, die besondere, am Umfang der Arbeitslosigkeit gemessene Schwere der Weltwirtschaftskrise in Deutschland anhand statistischer Befunde zur Beschäftigung, Güterproduktion und zum Handel sowie zum Kapitalmarkt, zur Investitionstätigkeit und zur Fiskalpolitik zu erklären. Die Arbeit greift somit die beiden, nicht selten getrennt diskutierten Fragen der »Borchardt-Kontroverse« wieder auf, die Frage nach der angemessenen Höhe der Tariflöhne in den mittleren Jahren der Weimarer Republik und die Frage nach den Alternativen zu Brünings Wirtschaftspoli-

tik in der Weltwirtschaftskrise. Balderston kommt zu einer Reihe bedeutender Erkenntnisse, die häufig jedoch nur für den Spezialisten ganz nachvollziehbar sind. Zurückgewiesen wird die zuerst von Borchardt formulierte These von den durch die staatliche Zwangsschlichtung in eine investitionsbremsende Höhe getriebenen Löhnen. Zwar wuchsen die Reallöhne nach 1924 tatsächlich stärker als die Produktivität, diese nahm aber auch im internationalen Vergleich zu, während sich zugleich die Position der deutschen Wirtschaft auf den Exportmärkten trotz der steigenden Produktpreise bis 1928 stetig verbesserte. Die deutschen Exporte stiegen nicht nur insgesamt an, sondern es wuchs auch ihr jeweiliger Anteil an den Importen wichtiger Handelspartner. Ein zentrales Kriterium ist für Balderston die Partizipationsrate, d. h. der Anteil der Arbeitnehmer und der arbeitslos Gemeldeten unter den 14- bis 64jährigen: Sie stieg ebenfalls in den mittleren Jahren der Weimarer Republik deutlich an – trotz bereits hoher Arbeitslosigkeit war 1928 der Anteil der Beschäftigten unter den 14- bis 64jährigen so hoch wie nie zuvor –, worin sich nach Ansicht des Verfassers auch die ungebrochene Nachfrage der Unternehmer nach Arbeitskräften angesichts nicht voll ausgelasteter Kapazitäten manifestierte. Seit 1928/29 gingen die Investitionen tatsächlich als Reaktion auf eine niedrige Profitrate zurück, als deren Hauptgrund Balderston jedoch die schwache Nachfrage auf dem europäischen Markt ansieht. »Business pessimism« habe sich verbreitet, auch im Zusammenhang mit dem erneuten Eintritt der SPD in die Reichsregierung.

Während Balderston im ersten Hauptteil seiner Studie Borchardt widerspricht, stellt er sich im zweiten auf seine Seite. Brünnings Deflationspolitik war im ganzen richtig, da sie auf die Fragilität der deutschen Währung Rücksicht nehmen mußte. Die Reichsmark, so Balderstons These, wurde immer unter der Voraussetzung ihrer leichten Konvertierbarkeit in »harte« Währungen wie den Dollar gehalten. Jede außenpolitische Krise führte zur Flucht aus der Mark. Die Schwierigkeiten, auf dem in- und dem ausländischen Kapitalmarkt Anleihen unterzubringen, und der daraus resultierende Zwang zur höheren Aufnahme kurz- und mittelfristiger Kredite schufen zusammen mit der mangelnden Ausgabendisziplin der öffentlichen Haushalte bis 1928/29 eine Situation, in der es zu einer konsequenten Sparpolitik keine Alternative gab. Brünnings Politik, so der Autor, war dabei keineswegs als Katastrophenpolitik angelegt, sondern diente vorrangig der Budgetsanierung. Nach der Bankenkrise vom Sommer 1931 gab es aber auch nach Balderstons Ansicht die prinzipielle Möglichkeit zu einer vorsichtigen, durch Devisenkontrollen abgestützten Reflationspolitik. Sie lag nach Ansicht des Verfassers, der hier an den Befunden von Ursula Büttner vorbeigeht, jedoch jenseits des Horizonts der Akteure. Den Hauptfehler Brünnings sieht er nicht in einer obsessiven Fixierung auf die Abschaffung der Reparationen, sondern in kurz- und mittelfristigen Fehlkalkulationen des verschärften Deflationskurses im Herbst 1931.

Balderstons Befunde vor allem zur Arbeitslosigkeit und zur Entwicklung der deutschen Exporte und das von ihm teils erarbeitete, teils neu zusammengefaßte statistische Material tragen zu einer solideren empirischen Fundierung der fortdauernden Borchardt-Kontroverse bei. Sie bedürfen aber der Einbettung in größere politische Zusammenhänge. So führt etwa der Verweis auf die Partizipationsrate über eine nur auf die Arbeitslosenziffer gestützte Argumentation zwar deutlich hinaus, was die Partizipationsrate aber letztlich über das Verhalten von Arbeitern und das von Unternehmern aussagt, bleibt unklar. Die weitere Debatte um Zwangslagen und Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik wird aber an Balderstons Erkenntnissen nicht vorbeigehen können.

*Dirk Schumann, Bielefeld*